

Controllingbericht

Dezernat 1

3. Quartal 2017

Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)

		substanzielle Veränderungen	davon aus zeitlichen Verschiebungen	Abweichung Ergebnis 2017 insgesamt
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Amt 10	Amt für zentrale Steuerungsunterstützung	65.300 €	88.000 €	153.300 €
Amt 11	Amt für Personal und allgemeine Dienste	85.650 €	0 €	85.650 €
Amt 20	Amt für Finanzwesen	4.474.450 €	0 €	4.474.450 €
Amt 22	Amt für Beteiligungen, Gebäudewirtschaft, Kreisstraßenbau	1.000.000 €	-1.815.000 €	-815.000 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>		5.625.400 €	-1.727.000 €	3.898.400 €
<u>Investitionen</u>				
Amt 10	Amt für zentrale Steuerungsunterstützung	0 €	537.700 €	537.700 €
Amt 11	Amt für Personal und allgemeine Dienste	0 €	-490.000 €	-490.000 €
Amt 20	Amt für Finanzwesen	-5.101.000 €	0 €	-5.101.000 €
Amt 22	Amt für Beteiligungen, Gebäudewirtschaft, Kreisstraßenbau	1.555.000 €	4.065.000 €	5.620.000 €
<u>Gesamtveränderungen Investitionen</u>		-3.546.000 €	4.112.700 €	566.700 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

15.11.17

Datum / Unterschrift Dezernentin

22

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 1

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 10</u>	
• Aufwand für vertiefende Organisationsuntersuchungen im Amt 50 (Ermächtigungsübertragung aus 2016)	-86.000
• Verzögerungen bei der Umsetzung von Projekten (Windows 10 - Umstellung, 2. Serverstandort); EÜ nach 2018	187.000
• übrige Veränderungen Amt 10 (z. B. civitec-Verfahrenskosten)	52.300
Summe Amt 10	153.300
<u>Amt 11</u>	
• einmalige Landeszuweisung als Kostenausgleich für die Auswirkungen des Tariftreue- und Vergabegesetzes	175.250
• verschiedene weitere Veränderungen Amt 11, per Saldo (u. a. Mehraufwand Stellenausschreibungen, Kosten Jobticket, Sicherheitsdienst im Ausländeramt, usw.)	-89.600
Summe Amt 11	85.650
<u>Amt 20</u>	
• Verbesserung bei der Landschaftsumlage nach der vom LVR angekündigten Senkung des Umlagesatzes um 0,5%-Punkte	4.050.000
• Veränderungen im allgemeinen Finanzausgleich, u. a. aus den Festsetzungen zum GFG 2017	188.000
• Verbesserungen aus Nebenforderungen (Vollstreckungs- und Mahngebühren, Säuminszuschläge)	145.000
• übrige Veränderungen Amt 20 (Zinsen Kredite, usw.)	91.450
Summe Amt 20	4.474.450

Sachverhalt	Veränderung in €
Amt 22	
• höhere Ausschüttung Kreissparkasse Köln	2.150.000
• geringere Verkehrsverluste "Schiene" (KVB + SSB)	700.000
• höhere Ausschüttung BRS	100.000
• übrige Veränderungen "Beteiligungen"	47.000
• höhere Gebührenerträge Wohnungsbauförderung	50.000
• Veränderung bei Projekten der Gebäudewirtschaft, <u>insbesondere</u> :	
-- Sanierung BK Hennef (Interim - zeitl. Verschiebung)	-1.600.000
-- Sanierung Förderschule Hennef-Bröl (überplanmäßig, vgl. Beschluss BuVa v. 22.06.17 und Mitteilung FA 28.06.2017)	-740.000
-- Brandschutzsanierung Kreishaus (höhere Honorarforderung Planungsbüro)	-625.000
-- Sanierung Förderschule Windeck-Rossel (200 T€ aufgrund zeitlicher Verschiebung, Rest überplanmäßig)	-410.000
-- nicht geplante, aber dringend erforderliche Erneuerung der Niederspannungshauptverteilung /Elektroverkabelung im Kreishaus	-275.000
-- nicht geplante, aber aus umweltrechtlichen Gründen dringend erforderliche Erneuerung Acu-Drain in der Tiefgarage (belastetes Abwasser)	-250.000
-- Erneuerung Parkett Heinrich-Hanselmann-Schule St. Augustin wg. Defekt (außerplanmäßig)	-150.000
-- Sanierung Lehrerzimmer BK Siegburg (außerplanmäßig)	-50.000
• nachträgliche Landeszuweisungen für Straßenbaumaßnahmen nach Schlussverwendungsnachweis	100.000
• Verzögerung Zustandserfassung Kreisstraßen für Straßendatenbank	125.000
• Sonstige Veränderungen Amt 22 (z. B. höhere Erträge bei Mieten und Pachten)	13.000
Summe Amt 22	-815.000

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der Investitionen im Dezernat 1

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 10</u>	
• Veränderungen aus der Umsetzung von im Vorjahr geplanten Maßnahmen (Ermächtigungsübertragungen), insbesondere Soft- und Hardware für den 2. Standort Rechenzentrum	-45.200
• Veränderungen aufgrund Verschiebung von Beschaffungen und aus laufenden Projektabwicklungen (Ermächtigungsübertragung nach 2018 erforderlich):	
-- Erweiterung der Telefonanlage (VOIP)	422.100
-- Software (verschiedene Projektekönnen erst in 2018 durchgeführt bzw. abgeschlossen werden; z. B. Berichtswesen, Telefonzentrale)	90.800
-- Einführung Dokumentenmanagementsystem	50.000
-- Erwerb zusätzlicher SAP-Lizenzen für Eingangsrechnungsworkflow	20.000
Summe Amt 10	537.700
<u>Amt 11</u>	
• zeitliche Verschiebungen beim Erwerb von Betriebs- und Geschäftsausstattung für das Kreishaus (Büromobiliar, etc.) aufgrund Verzögerungen Brandschutzsanierung (Ermächtigungsübertragungen aus Vorjahren)	-490.000
Summe Amt 11	-490.000
<u>Amt 20</u>	
• höhere Auszahlungen für (Sonder-) Tilgung variabler Darlehen	-5.101.000
Summe Amt 20	-5.101.000
<u>Amt 22</u>	
• <u>Substanzielle Veränderung</u> ergeben sich bei den Investitionen der Gebäudewirtschaft bei folgenden Maßnahmen:	
-- Grunderwerb Rettungswache Bornheim (geringerer Bedarf)	395.000
-- Verkauf unbebauter Grundstücken	115.000
-- Verkauf der Rettungswache Neunkirchen-Pohlhausen	75.000
-- Neumöblierung Lehrerzimmer BK Siegburg (außerplanmäßig)	-30.000

Sachverhalt	Veränderung in €
• Die wesentlichen <u>Veränderung aufgrund zeitlicher Verschiebung</u> ¹⁾ sind:	
-- Aus- und Umbau Schulgebäude BK Hennef	3.850.500
-- spätere Umsetzung von Maßnahmen i. Z. mit der BS-Sanierung des Kreishauses (z.B. LAN)	1.000.000
-- Neubau Rettungswache Swisttal	400.000
-- Neubau Rettungswache Ruppichterath	350.000
-- Neubau Rettungswache Much	342.000
-- Verschiebung Sanierung Gebäude BK Troisdorf	300.000
-- Neubau Rettungswache Bornheim wg. Verzögerungen Grunderwerb	272.000
-- Verzögerungen Dachausbau an der Richard-Schirrmann-Schule in Hennef-Bröl	190.000
-- Neubau JHZ Eitorf (Grunderwerb und späterer Fördermittelabruf)	-755.000
-- Sanierung Schulgebäude SQ Alfter (Ermächtigungen Vorjahre)	-1.550.000
-- Sonstige Maßnahmen in jeweils geringerem Umfang	114.200
• <u>Substanzielle Veränderung</u> ergeben sich bei den Investitionen des Kreisstraßenbaus voraussichtlich nicht.	
-- Zuweisung Umgehung Gimmersdorf, K14, 1. Teilmittelabruf 2017	1.000.000
• Die wesentlichen <u>Veränderung aufgrund zeitlicher Verschiebung</u> sind:	
-- K6 Ausbau OD Hennef-Hanfmühle	412.000
-- K29 Verzögerungen Bau Umgehung Troisdorf-Kriegsdorf	-410.000
-- K17 Schlussabwicklungen Ausbau / Radweg	-240.000
-- Restabwicklungen K14, Wachtberg-Gimmersdorf (Brückenbauwerk)	-230.000
-- Fahrbahnverstärkung K18 in Eitorf-Bitze	-145.000
-- Weitere Veränderung in geringem Umfang bei einer Vielzahl von Maßnahmen (saldiert)	164.300
Summe Amt 22	5.620.000

¹⁾ Bei der Durchführung einer Vielzahl von investiven Maßnahmen kommt es (beim Kreisstraßenbau insbesondere wg. fehlendem Baurecht, ausstehenden Schlussrechnungen, etc.) zu zeitlichen Verzögerungen. In solchen Fällen ist die Übertragung der entsprechenden (restlichen) Ausgabeermächtigung bis zur entgeltigen Fertigstellung der Maßnahme erforderlich. Dies hat im jeweils lfd. Haushaltsvollzug entweder zur Folge, dass

- Maßnahmekosten, soweit sie nicht aus einem Haushaltsansatz, sondern aus Ermächtigungsübertragungen aus Vorjahren finanziert werden, zu Verschlechterungen führen, diese aber durch die übertragenden Mittel gedeckt sind, oder dass

- veranschlagte Maßnahmekosten aufgrund der zeitlichen Verzögerungen erspart werden und dies somit zu entsprechenden Haushaltsverbesserungen führt, die Ausgabeermächtigungen jedoch im Rahmen der Ermächtigungsübertragungen in das folgende Haushaltsjahr übertragen werden müssen.

Beide Sachverhalte führen zwar zu Abweichungen ggü. der Hpl.-Veranschlagungen; sie stellen allerdings keine "substanziellen" Haushaltsveränderungen dar.

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 1

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<u>Amt 10</u> Nachlizensierung Server muss ggf. noch in 2017 erfolgen	-260.000
<u>Amt 11</u>	
<u>Amt 20</u>	
<u>Amt 22</u> Neubau RW Much und Ruppichteroth werden voraussichtlich als mittlere Wache errichtet; bisher in der Planung als kleine Wache	-2.000.000

Controllingbericht

Dezernat 2

3. Quartal 2017

**Abweichung ggü. Haushaltplan
(+ Verbesserung / - Verschlechterung)**

	substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	Abweichung Ergebnis 2017 insgesamt
<u>Ergebnishaushalt</u>			
02-06 Kommunalaufsicht und Wahlen	0 €	0 €	0 €
02-07 Kommunales Integrationszentrum	-141.692 €	-146.970 €	-288.662 €
Amt 31 Kreispolizeibehörde - Zentrale Aufgaben	0 €	0 €	0 €
Amt 38 Amt für Bevölkerungsschutz	-3.543.806 €	0 €	-3.543.806 €
Amt 50 Sozialamt	3.102.489 €	1.256.835 €	4.359.324 €
Gesamtveränderung Ergebnishaushalt	-583.009 €	1.109.865 €	526.856 €
<u>Investitionen</u>			
Amt 38 Amt für Bevölkerungsschutz	52.900 €	1.455.000 €	1.507.900 €
Amt 50 Sozialamt	0 €	-1.750 €	-1.750 €
Gesamtveränderungen Investitionen	52.900 €	1.453.250 €	1.506.150 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

27.10.2017 
Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 2

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>02-06</u>	
• keine Veränderungen	
Summe 02-06	0
<u>02-07</u>	
• Die Veränderungen im Produkt 01.70 ergeben sich aus folgenden Gründen:	-288.662
1. Geringere Personalkostenerstattung durch das Land auf Grund einer kleineren personellen Aufstockung als in den Haushalt eingeplant.	
2. Zusätzlich bewilligte Landesmittel zur Abrechnung von ehrenamtlichen Sprachhelferdiensten.	
3. NRW-Projekt-Förderprogramm KOMM-AN-NRW u.a. auf Grund von Rückerstattungen und Rückforderungen aus dem Vorjahr.	
4. Rückerstattungen an das Land bezogen auf die Förderprogramme "Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe" aus dem Jahr 2015.	
5. Zeitliche Verschiebung der Zuschüsse für die Tätigkeit des Neubürgerbeauftragten sowie der RWE-Gelder zur Verteilung an Sprachförderprojekte.	
6. Überplanmäßige Ermächtigung auf Grund einer fehlenden Veranschlagung des Aufwands für die Weiterleitung zweckgebundener Landesmittel.	
Summe 02-07	-288.662
<u>Amt 31</u>	
• keine Veränderungen	
Summe Amt 31	0
<u>Amt 38</u>	
0.38.10 Rettungswesen Gebührenhaushalt (inkl. Lstgebühren RD)	-3.528.306
Zum 01.07.2017 konnten die Gebühren im Rettungsdienst durch eine neue Satzung erhöht werden. Bei der Haushaltsplanung ist jedoch davon ausgegangen worden, dass diese Anpassung bereits zum 01.01.2017 erfolgen kann. Die erhöhte Gebühr wirkt sich noch nicht vollständig aus, da noch Rückstände aus dem 1. Halbjahr in der Abrechnungsstelle mit Hilfe personeller Unterstützung abgebaut werden müssen. Erstattungen der Kommunen könnten zum jetzigen Zeitpunkt nur prognostisch berücksichtigt werden.	
0.38.11 Aufgaben Träger Rettungsdienst	0
0.38.20 Feuer-/ Brandschutz, technische Hilfeleistung	-30.500
0.38.30 Gefahrenabwehr	15.000
Summe Amt 38	-3.543.806

Sachverhalt	Veränderung in €
Amt 50	
Per Saldo ergibt sich eine prognostizierte Gesamtverbesserung i.H.v. rd. 4,4 Mio €; diese resultiert im Wesentlichen aus folgenden Veränderungen:	
Hilfe zur Pflege in Einrichtungen und Pflegegeld <i>Der aufgrund des Pflegestärkungsgesetzes II verringerte einrichtungseigene Eigenanteil reduziert die Aufwendungen in bislang "teuren" Einzelfällen.</i>	2.750.000,00 €
Erträge Hilfe zur Pflege in Einrichtungen <i>Wegen der verringerten Aufwendungen können auch nur geringere Erträge realisiert werden.</i>	- 70.000,00 €
Erträge Krankenhilfe <i>Durch die nachträglich Bearbeitung von Fällen aus dem Vorjahr können zusätzliche Erstattungen beim LVR geltend gemacht werden.</i>	200.000,00 €
Eingliederungshilfe und Frühförderung <i>Kontinuierliche Steigerung der Fallzahlen und Kosten im Einzelfall, die im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung nicht in diesem Ausmaß erwartet wurden.</i>	- 1.700.000,00 €
Bundeserstattung für Eingliederungshilfe <i>Die erhöhte Bundeserstattung für die Eingliederungshilfe resultiert aus entsprechenden Aufwendungen im SGB II-Bereich - Kosten der Unterkunft -, welche Grundlage für die Erstattung sind.</i>	370.000,00 €
Zuweisung vom Land "Wohngeldentlastung" SGB II <i>Die Landeszuweisung ist höher, als die Prognoseberechnung des Landkreistages, die Grundlage für die Haushaltsplanung war, erwarten ließ.</i>	2.280.000,00 €
Bundeserstattung KdU SGB II <i>Aktuell werden die flüchtlingsbedingten Mehraufwendungen nur zum Teil gedeckt, weil die Weiterleitung der entsprechenden Erstattung innerhalb von NRW noch nicht abschließend geklärt ist; in der Planung wurde hingegen von einer 100%-igen Erstattung ausgegangen. Für die Prognose wurde der aktuell erhöhte vorläufige NRW-Erstattungsanteil von 5,3 % (zuvor 2,2 %) der Gesamtnettoaufwendungen KdU SGB II berücksichtigt.</i>	- 500.000,00 €
Sonstige Erstattungsleistungen SGB II <i>Die Erstattungen, die sich auf SGB II-Leistungen beziehen, sind niedriger, als im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung erwartet.</i>	- 450.000,00 €

Sachverhalt	Veränderung in €
• KdU SGB II <i>Die Kosten der Unterkunft und Heizung sind bislang insgesamt moderater angestiegen, als bei der Veranschlagung angenommen. Eine verlässliche Prognose zur Entwicklung des KdU-Aufwands (im Allgemeinen wie auch im Bereich der Flüchtlingsthematik) ist schwierig; aufgrund der aktuell Einschätzung wird von einer Haushaltsverbesserung in der ausgewiesenen Höhe ausgegangen.</i>	1.400.000,00 €
• Leistungen SGB II für - Wohnung, Umzug, Mietkaution - Erstausrüstung Wohnung und Hausrat - Erstausrüstung Bekleidung, Schwangerschaft <i>Die prognostizierten Mehraufwendungen für Umzug, Mietkaution, Erstausrüstung Wohnung und Hausrat sowie Erstausrüstung Bekleidung, Schwangerschaft unterliegen zum einen der allgemeinen Fallzahlenentwicklung und Kostensteigerungen; sie stehen aber auch im Zusammenhang mit dem Thema Flucht.</i>	- 720.000,00 €
• Verwaltungskosten jc <i>Verringerter Erstattungsanteil aufgrund zeitverzögerter Stellenbesetzung mit kommunalem Personal; demgegenüber höhere Personalkostenerstattungen an die Kommunen aufgrund von Erhöhungen der Entgelte und geringfügig ansteigender kommunaler Finanzierungsanteil.</i>	- 400.000,00 €
• Erhöhte Bundeserstattung für Bildungs- und Teilhabeleistungen für Wohngeldempfänger und Kindergeldzuschlagsempfänger <i>Höherer Anteil RSK an Gesamtaufwendungen in NRW, resultierend aus dem Vorjahr</i>	560.000,00 €
• Förderung ambulanter und teilstationärer Pflegeeinrichtungen <i>Nach Inkrafttreten der Pflegestärkungsgesetze hat sich das Angebot ambulanter und teilstationärer Einrichtungen teilweise massiv ausgeweitet. Im Hinblick darauf und auf die in vielen Fällen steigenden Investitionskosten, wurde im Rahmen der Haushaltsplanung von erheblich steigenden Kosten ausgegangen, die jedoch bisher moderater ansteigen, als zunächst vermutet.</i>	200.000,00 €
• Behindertenfahrdienst <i>Der Fahrdienst für Menschen mit Behinderung wird vom berechtigten Personenkreis aktuell weniger genutzt, als grundsätzlich möglich.</i>	70.000,00 €
• Sonstige Veränderungen im Budget per Saldo <i>(z. B. sonstige Leistungen/Sachverhalte, erhöhte Erstattung von Verwaltungskosten für Krankenhilfe Asyl, erhöhter Landeszuschuss Personalkostenausgleich für MitarbeiterInnen Elterngeld, verringerte Aufwendungen Bildung und Teilhabe SGB II etc.)</i>	369.324,00 €
Summe Amt 50	4.359.324 €

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der
Investitionen im Dezernat 2

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 38</u>	
Einige Investitionen können aufgrund der Neuausschreibung des Rettungsdienstbedarfsplans sowie der Kalkulation der neuen Gebühr im Rettungsdienst nicht in 2017 realisiert werden und müssen z.T. nach 2018 verschoben werden.	1.507.900
Summe Amt 38	1.507.900
<u>Amt 50</u>	
Anschaffungen für das kreiseigene Frauenhaus aus Ermächtigungsübertragungen. 2016	-1.750
Summe Amt 50	-1.750

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 2

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<u>02-06</u>	
<u>02-07</u> Die Zuweisungen durch das Land werden geringer ausfallen als geplant, da es im laufenden Jahr Personaländerungen geben wird, welche die Zuweisungen bei der Personalaufwendung verringern werden.	
<u>Amt 31</u> Bisher fallen jährlich ca. 10.000,-- EUR Gebühren für die Begleitung von Schwertransporten an. Diese sollen voraussichtlich 2018 entfallen.	
<u>Amt 38</u> 0.38.10 - Zum 01.07.2017 konnten die Gebühren im Rettungsdienst durch eine neue Satzung erhöht werden. Bei der Haushaltsplanung ist jedoch davon ausgegangen worden, dass diese Anpassung bereits zum 01.01.2017 erfolgen kann. Die erhöhte Gebühr wirkt sich noch nicht vollständig aus, da noch Rückstände aus dem 1. Halbjahr in der Abrechnungsstelle mit Hilfe personeller Unterstützung abgebaut werden müssen. Erstattungen der Kommunen könnten zum jetzigen Zeitpunkt nur prognostisch berücksichtigt werden. 0.38.10 - Maßnahmen zur Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplanes können sich verzögern oder nur mit höheren Kosten realisieren lassen. 0.38.10 - Systembedingte Ausfälle bei der Abrechnungssoftware für Rettungsdienstgebühren können zu verzögerten Einnahmen führen. Eine neue Abrechnungssoftware ist geplant. 0.38.30 - Es können sich Mehraufwendungen im Zusammenhang mit größeren Schadenereignissen oder erforderlichen Vorplanungen für aktuelle Situationen ergeben. Investitionen - Einige Investitionen können aufgrund der Neuausschreibung des Rettungsdienstbedarfsplans sowie der Kalkulation der neuen Gebühr im Rettungsdienst nicht in 2017 realisiert werden und müssten z.T. in 2018 verschoben, bzw. werden erst in 2018 bezahlt.	
<u>Amt 50</u> 0.50.20 und 0.50.30 - Auch der endgültige Anteil für die Erstattung der Bildungs- und Teilhabeleistungen wird erst zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben. Aus diesem Grund kann es auch hier zu Abweichungen kommen, die bislang nicht bezifferbar sind.	

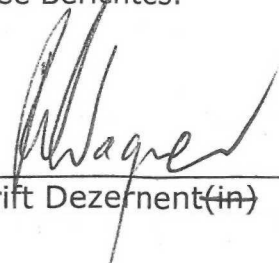
Controllingbericht

Dezernat 3

3. Quartal 2017

Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)			Abweichung Ergebnis 2017 insgesamt	
substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen			
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Amt 17	Archiv	-8.500 €	0 €	-8.500 €
Amt 40	Amt für Schule und Bildungskordinierung	-311.500 €	-63.000 €	-374.500 €
Amt 41	Kultur- und Sportamt	0 €	0 €	0 €
Amt 51	Jugendamt	491.750 €	0 €	491.750 €
Amt 57	Psychologische Beratungsdienste	67 €	0 €	67 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>		171.817 €	-63.000 €	108.817 €
<u>Investitionen</u>				
Amt 40	Amt für Schule und Bildungskordinierung	0 €	748.500 €	748.500 €
Amt 41	Kultur- und Sportamt	0 €	0 €	0 €
Amt 51	Jugendamt	0 €	5.505.598 €	5.505.598 €
Amt 57	Psychologische Beratungsdienste	0 €	0 €	0 €
<u>Gesamtveränderungen Investitionen</u>		0 €	6.254.098 €	6.254.098 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

18.10.2017 
Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 3

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 17</u>	
• Wegen Sanierungsarbeiten keine Landesförderung für Projekte, da diese wegen der Schließung der Gedenkstätte derzeit nicht durchgeführt werden können.	-12.500
• Wegen Schließung entfallen Honorare für museumspädagogische Arbeit.	7.500
• Anstieg Kosten Zeitschriftabonnements	-3.500
Summe Amt 17	-8.500
<u>Amt 40</u>	
• Bundesmittel für Erasmus-Projekt am Carl-Reuther-Berufskolleg in Hennef und Kostenerstattung für den Einsatz von Freiwilligen in den Internationalen Förderklassen.	12.000
• Auflösung der Verbindlichkeiten Bundesmittel Erasmus-Projekt	63.000
• Schülerbeförderungskosten (Schülertickets) an den Berufskollegs konnten nur geschätzt werden, weil die Spitzabrechnung der RSVG aufgrund einer Umstellung der Finanzsoftware fehlte. Es besteht eine Rückstellung in Höhe von 572.300 €, die bei der Prognose bereits berücksichtigt wurde.	-370.000
• Kosten der Bundesfreiwilligen für den Einsatz in den Internationalen Förderklassen - ein sehr bewährter Einsatz (!)	-50.000
• Abfluss Bundesmittel Erasmusprojekt	-75.000
• Höhere Zuwendungen des Landes für zusätzlich eingerichtete Gruppen des Fördernden Offenen Ganztags an den Förderschulen.	24.000
• Mehreinnahmen bei Elternbeiträgen für den Fördernden Offenen Ganztags an den Förderschulen, weil mehr Gruppen.	19.000
• Mehreinnahmen bei der Mittagsverpflegung des Fördernden Offenen Ganztags an den Förderschulen wegen zusätzlicher Gruppen.	19.300
• Höhere Schülerbeförderungskosten von Förderschülern. Bei der Prognose wurde eine Rückstellung in Höhe von 398.000 € berücksichtigt.	-60.000
• Höhere Sachkosten für Gruppen des Fördernden Offenen Ganztags an den Förderschulen, weil mehr Gruppen eingerichtet wurden.	-16.800
• Bildungskordinierung: Weniger Landeszuweisung für das zdi-Projekt. EFRE-Fördermittel zu späterem Zeitpunkt, voraussichtlich 2018.	-65.000
• Landeszuweisungen für zdi-Projekt, hier MINT-Förderung. Defensiver beim Ansatz kalkuliert. Mittlerweile wurden dem RSK 85.000 € für die Durchführung von Maßnahmen im Rahmen von zdi gewährt.	65.000
• Zeitliche Verzögerung beim zdi-Projekt. Ausgaben kommen voraussichtlich 2018 zum Tragen.	85.000
• Durchführung von zdi-Maßnahmen, siehe oben.	-65.000
• Zugewiesene zdi-Mittel werden für MINT-Projekte in Höhe von 60.000 € eingesetzt gegenüber einem Ansatz von 100.000 €.	40.000
Summe Amt 40	-374.500

Sachverhalt	Veränderung in €
Amt 41	
• keine Veränderung	0
Summe Amt 41	0
Amt 51	
• Höhere Zuweisungen durch das Land für Kita-Ausbau (1 Mio. €) und Mehrerträge durch Rettungspaket der neuen Landesregierung (4 Mio. €).	5.000.000
• Rückzahlung von Zuweisungen	39.000
• Mehrerträge bei Elternbeiträgen für Kitas.	139.000
• Gebühren für Tagespflege verzeichnen Anstieg durch höheres Fallaufkommen.	242.000
• Aufwendungen für Kitabetreuung, s. oben (Kita-Ausbau und Rettungspaket der neuen Landesregierung).	-5.000.000
• Höheres Fallaufkommen bei Tagespflege	-473.000
• Rückzahlung von Zuweisungen für Offene Türen	50.000
• Mittel für mobiles Angebot in Alfter werden nicht in 2017 abgerufen.	16.000
• Verrechnung einer Überzahlung und geringere Belegung der Jugendwerkstatt.	110.000
• Höherer Aufwand beim begleiteten Umgang.	-37.000
• Intensive Sozialpädagogische Einzelfallbetreuung: Unbegleitete Minderjährige Ausländer - keine Kostenerstattung.	-27.000
• Intensive Sozialpädagogische Einzelfallbetreuung: Wenigerertrag aufgrund von Fallrückgang.	-12.000
• Sozialpädagogische Familienhilfe: Anpassung ans Rechnungsergebnis saldiert.	9.000
• Beplante Kostenerstattung bei Hilfen zur Erziehung, Erstattung anderer örtl. Jugendhilfeträger entfällt.	-20.000
• Kostenerstattungsfall Tagesgruppe - ausreichende Personalgestellung sorgt für bessere Heranziehung.	40.000
• Höheres Fallaufkommen bei Erziehungsbeistandschaften.	-60.000
• Geringeres Fallaufkommen bei Erziehungsbeistandschaften in Zusammenarbeit mit freien Trägern.	88.000
• Intensive Sozialpädagogische Einzelfallbetreuung: Fallbeendigungen bei Unbegleiteten Minderjährigen Ausländern (UMA)	30.000
• Intensive Sozialpädagogische Einzelfallberatung: derzeit kein stationärer Fall.	147.000
• Höheres Fallaufkommen bei Sozialpädagogischer Familienhilfe (SPFH).	-115.400
• Anpassung ans Rechnungsergebnis bei SPFH anderer Träger.	107.200
• Soziale Gruppenarbeit: Weniger Aufwand durch beendete Fälle	60.000
• Versorgung von Jugendlichen in Notsituationen, Anpassung ans Rechnungsergebnis.	40.000
• Hilfen zur Erziehung in sonstigen Fällen, ambulant, hier: geringeres Fallaufkommen.	120.000
• Hilfe zur Erziehung / Tagesgruppe: geringeres Fallaufkommen	228.000
• Steigerung der Fallzahlen in der ambulanten Eingliederungshilfe, insbesondere ein kostenintensiver Fall.	-370.000
• Höhere Landeserstattungen bei Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften und Beistandschaften.	86.025

Sachverhalt	Veränderung in €
• Höhere Erstattungen des Landes, Heranziehung von Kostenerstattungen durch Dritte, Anpassung an Rechnungsergebnisse, aber auch weniger Kostenerstattungsfälle im Bereich der Erträge bei den Familienersetzenden Hilfen (Pflegefamilien, Heime) saldiert.	431.925
• Aufwendungen bei den Familienersetzenden Hilfen (Pflegefamilien, Heime), einzelne Hilfearten saldiert.	-415.300
• Unterhaltsvorschuss-Gesetz: Positive Entwicklung bei der Heranziehung und höhere Landeszuweisungen durch Gesetzesentwurf, Anpassung an Rechnungsergebnis.	624.700
• Unterhaltsvorschuss-Gesetz: Wegen Gesetzesänderung geschätzte Verdopplung des Aufwandes und Anpassung der Einnahmeablieferung an das Land.	-580.000
• Zusätzlicher Aufwand durch Rödl & Partner (Organisationsuntersuchung).	-6.400
Summe Amt 51	491.750
Amt 57	
• Erziehungsberatung	67
Summe Amt 57	67

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen der Investitionen im Dezernat 3

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 40</u>	
• Noch nicht in Anspruch genommene Mittel für Betriebs- und Geschäftsausgaben bei den Berufskollegs.	81.000
• Noch nicht in Anspruch genommen: Medienkonzept, Telefonanlagen, Richtfunkerschließung Förderschulen und Berufskollegs.	627.500
• Noch nicht in Anspruch genommene Mittel für Betriebs- und Geschäftsausgaben bei den Förderschulen.	40.000
Summe Amt 40	748.500
<u>Amt 41</u>	
• keine	
Summe Amt 41	0
<u>Amt 51</u>	
• Erstattungen, Förderprogramm und noch nicht abgerufene Mittel für den Kita-A	5.380.598
• Noch nicht abgerufene Mittel Offene Jugendarbeit.	125.000
Summe Amt 51	5.505.598
<u>Amt 57</u>	
• keine Veränderung	
Summe Amt 57	0

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 3

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<u>Amt 17</u> Fehlanzeige	
<u>Amt 40</u> Risiken: Preispolitik der RSVG und derer Subunternehmer bei den Schülerbeförderungskosten, Ausschreibungsergebnisse. Hier kann es in 2018 zu weiteren Kostensteigerungen kommen. Auch und gerade, wenn die Schülerzahlen im Bereich der Förderschulen und damit die weiteren Bedarfe an Teilstandorten so steigen wie bisher. Förderschulen: Bei steigenden Schülerzahlen sind größere Raumkapazitäten vorzuhalten, mehr Aufwendungen bei Sachkosten, Fördernden Offenem Ganzttag, Übermittagsbetreuung, Schülerspezialverkehr, ggfs. Nicht-Lehrendes Personal etc. Risiko Schülertickets Berufskollegs: Preispolitik der RSVG, keine Steuerung durch Schulträger möglich.	
<u>Amt 41</u> Fehlanzeige	
<u>Amt 51</u> Grundsätzlich ist es sehr schwierig, für die Teilprodukte 0.51.40 und 0.51.70 Prognosen zu tätigen, da die Dauer der Hilfen durchaus von den Erwartungen abweichen können und zur Frage von Neufällen nur Annahmen getroffen werden können. Auch zu der Höhe der Kostenerstattungen des überörtlichen Trägers im Rahmen der Hilfe für Flüchtlinge können weiterhin nur vage Vermutungen geäußert werden. Durch die Gesetzesänderung im Unterhaltsvorschuss-Gesetz werden sich vor allem auf der Aufwandsseite erhebliche Verschlechterungen ergeben. Allerdings ist beabsichtigt, den Anteil von Bund und Land rückwirkend zum 01.07.2017 von bisher 46,67% auf 70% heraufzusetzen. Bei der Kindertagesbetreuung ist mit weiteren Bedarfen und damit mit saldierten Mehrausgaben zu rechnen. Verbesserungen durch die Umsetzung der Organisationsuntersuchung bei den Hilfen zur Erziehung können noch nicht beschrieben werden.	
<u>Amt 57</u> Fehlanzeige	

Controllingbericht

Dezernat 4

3. Quartal 2017

		Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)		
		substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	Abweichung Ergebnis 2017 insgesamt
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Amt 39	Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	-14.000 €		-14.000 €
Amt 63	Bauaufsichtsamt	300.000 €	40.000 €	340.000 €
Amt 66	Amt für Technischen Umweltschutz	-700 €	-45.300 €	-46.000 €
ehem. Amt 67	Amt für Natur- und Landschaftsschutz	-5.000 €	-45.000 €	-50.000 €
<u>Gesamtveränderung Ergebnishaushalt</u>		280.300 €	-50.300 €	230.000 €
<u>Investitionen</u>				
Amt 39	Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	0 €		0 €
Amt 67	Amt für Natur- und Landschaftsschutz	0 €		0 €
<u>Gesamtveränderungen Investitionen</u>		0 €	0 €	0 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

18.10.17 C. Lührer
Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 4

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Amt 39</u>	
• Rückläufige Gebühreneinnahmen durch geringere Stückzahlen bei Schlachttieren (Fleischuntersuchung), erhöhte Kosten für Kuriere der Trichinenproben	-29.000
• Im Bereich Veterinärwesen: Mehreinnahmen bei Gebühren und Bußgeldern, Kostensenkung für die Tierkörperbeseitigung	106.000
• Im Bereich Verbraucherschutz: Zu hohe Prognose der Gebühreneinnahmen für Primärkontrollen, geringere Einnahmen aus Bußgeldern, erhöhte Kosten für Kurierdienste (Probentransport zum CVUA)	-91.000
Summe Amt 39	-14.000
<u>Amt 63</u>	
• Gebühren für Baugenehmigungen: Durch personelle Aufstockung Abbau der Rückstände und Steigerung der Fallzahlen.	300.000
• Verschiebung der Ausgaben für die Digitalisierung von Bauakten (Neuvergabe des Auftrags wurde erforderlich)	40.000
Summe Amt 63	340.000
<u>Amt 66</u>	
• Produkt Abfall: Erhöhte Einnahmen aus Erstattung bei Ersatzvornahmen	33.000
• Produkt Wasser: Geringere Gebühreneinnahmen, steigende Verbandsbeiträge	-10.000
• Produkt Klimaschutz: Projekt "Ökoprofit" wird nicht durchgeführt	13.000
• Produkt Bodenschutz: Beginn der Sanierung Altlast de Haer in Troisdorf (Übertragung der Mittel aus 2016 ist erfolgt)	-38.000
• Produkt Immissionsschutz: Geringere Gebühreneinnahmen, Abschluss Gutachten Windenergie Bornheim (Übertragung aus 2016)	-44.000
Summe Amt 66	-46.000
<u>ehem. Amt 67</u>	
• In 2016 geplante Landschaftspflege-Maßnahmen und Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes werden in 2017 durchgeführt (Übertragung aus 2016 ist erfolgt)	-50.000
Summe Amt 67	-50.000

Controllingbericht

Dezernat 5

3. Quartal 2017

**Abweichung ggü. Haushaltplan
(+ Verbesserung / - Verschlechterung)**

	substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	Abweichung Ergebnis 2017 insgesamt
<u>Ergebnishaushalt</u>			
05-04 Datenschutzbeauftragter	0 €		0 €
Amt 30 Rechts- und Ordnungsamt	11.850 €		11.850 €
Amt 36 Straßenverkehrsamt	-1.128.200 €	30.000 €	-1.098.200 €
Amt 52 Versorgungsamt	-123.500 €		-123.500 €
Amt 53 Gesundheitsamt	28.600 €		28.600 €
Amt 62 Amt für Katasterwesen und Geoinformation	61.177 €		61.177 €
Gesamtveränderung Ergebnishaushalt	-1.150.073 €	30.000 €	-1.120.073 €
<u>Investitionen</u>			
Amt 36 Straßenverkehrsamt	20.000 €	20.000 €	40.000 €
Gesamtveränderungen Investitionen	20.000 €	20.000 €	40.000 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen in der Ergebnisrechnung (Anlage 1), bei den Investitionen (Anlage 2) sowie die ergänzende Darstellung von Chancen und Risiken im Dezernat (Anlage 3) sind Bestandteil dieses Berichtes.

23.10.2017 *Jürgs*

Datum / Unterschrift Dezernent(in)

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung im Dezernat 5

Sachverhalt	Veränderung in €
05-04	
•	
Summe 05-04	0
Amt 30	
• Sprenstoffwesen	1.500
• Jagd- u. Fischerei	14.000
• Gewerbeangelegenheit	10.000
• Schwarzarbeit	-5.000
• ProstSchG	10.000
• ordnungsrechtl. Aufwendungen	-500
• Sprenstoffwesen Aufwend.	-1.000
• Jagd- u. Fischerei (Aufw.)	-1.150
• Gewerbeangelegenheiten (Aufw.)	-5.000
• neue Aufgaben nach dem ProstSchG (Aufw.)	-4.000
• PO Ordnungsangelegenheiten (Aufw.)	-7.000
Summe Amt 30	11.850
Amt 36	
• Verkehrssicherung: Gebührensatz im Vergl.zum letzten HH um 50 % angehob.Ansatz wird nahezu erreicht	-5.000
• Personen-u.Güterbeförd.:Durch die Anhebung d.Laufzeiten d.Genehm.im Bereich Güterkraftverkehr von 5 auf 10 Jahre musste der Ansatz frei von Orientierungen der vergang.Jahre neu u.deutl.reduz.gewählt werden.	-5.000
• Honorar für "Taxigutachten":Gutachterliche Untersuchung der Leistungsfähigkeit des Taxigewerbes im RSK. Auftrag erst 2018, Mittelübertragung berücksichtigt	30.000
• Zulassung und Abmeldung	46.000
• Überwachung der Halterpflichten	5.800
• Fahrerlaubnisse u. Überwachung	130.000

Sachverhalt	Veränderung in €
Überwachung des fließenden Verkehrs: Nach wie vor führt Vandalismus in immer neuen Facetten zu Anlagenausfall. Darüber hinaus führen aber auch langwierige und nicht im Vorfeld bekannte Fahrbahnsanierungen des Landesbetriebs Straßenbau NRW zu z.T. mehrere Monate andauernden Außerbetriebsetzungen stationärer Messstellen. Zudem litt der Baustein der mobilen Überwachung gerade in den ersten vier Monaten des Jahres unter einem überproportional hohen Krankenstand (23%), was in der Folge zu Ausfällen zahlreicher mobiler Messungen geführt hat. Darüber hinaus führt eine nach Auskunft der Verkehrsleitzentrale Leverkusen um das sechsfach gestiegene Stauaufkommen auf der A 59 vor der Nordbrücke zu einer merklichen Reduzierung der Fallzahlen auf der A 59, gerade, was die ertragreicheren Bußgeldverfahren betrifft.	-1.300.000
Summe Amt 36	-1.098.200
Amt 52	
Die Mehraufwendungen ergeben sich zu einem Anteil v. 45.000 € aus der Aufarbeitung von Arbeitsrückständen.	-80.000
Gründe f.d.Mehrausgaben: Ein Anteil v.rd. 35.000 € liegt in der Aufarbeitung von Arbeitsrückständen begründet (einh.Kosten). Der Empfehlung der GPA entsprechend werden Gutachten künftig verstärkt an Außengutachter vergeben.	-43.500
Summe Amt 52	-123.500
Amt 53	
Landesmittel für Sachmittel u. Personalko.f.Untersuchungen der Seiteneinsteiger beim schulärztl.Dienst	8.000
Aufgrund der Brandschutzsanierung wurden die Gutachtenaufträge an die umlieg.Gesundheitsämter abgegeben. Im Interimsbereich steht kein Behandlungsraum f.Untersuchungen zur Verfügung	-15.000
Mehr Gutachtenaufträge mit zügiger Rechnungsabwicklung	5.000
Aufgrund einer vakanten Stelle im Bereich des AAD in einer der SPZ, und vakanter Stellen im Bereich "Kinder suchtkranker Eltern" konnten nicht alle Mittel ausgezahlt werden. Die übrigen Mittel werden ggfs. Für die Realisierung v. Projekten in den o.g.	13.600
Aufgrund von komplexen Fällen bzw. Störfällen und erhöhtem Personalausfall (Krankheit, Mutterschutz u. Elternzeit) können nur weniger Begehungen durchgeführt werden.	-35.000
Mehr Gutachtenaufträge	20.000
Mehr Begehungen und Gebührenerhöhungen	5.000
bisher weniger zu untersuchende Umgebungspersonen z.B. keine Einrichtungen betroffen	15.000
Nach Rücksprache mit 10.1, soll aufgrund der Einführung des DMS, kein eigenes Projekt "Datendigitalisierung" bei 53 erfolgen.	12.000
Summe Amt 53	28.600

Sachverhalt	Veränderung in €
Summe Amt 53	28.600
<u>Amt 62</u>	
• Da vereinzelte Anträge ein überdurchschnittliches Gebührenaufkommen generierten, fällt die Prognose höher aus	15.000
• Der prognostizierte Ansatz wurde verdoppelt	26.177
• Die Prognose fällt wesentlich geringer aus, da die Eigentümer ihrer Einmessungsverpflichtung weitestgehend nachkommen.	-40.000
• Die durch das Amt durchgeführten Zwangseinmessungen führen hier nicht zu einer Aufwendung, sondern werden am Ende des Jahres intern verrechnet. Daneben handelt es sich um eine korrespondierende Kostenart zu 443901. Die Prognose fällt gegenüber dem Ansatz daher viel geringer aus.	60.000
Summe Amt 62	61.177

Seite 1 von 2

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Dezernat 5

Sachverhalt (Kurzbeschreibung)	Volumen in € (soweit bezifferbar)
<u>05-04</u>	
<u>Amt 30</u>	
<u>Amt 36</u> Im Bereich 0.36.60 können im zweiten HJ zwei durch Vandalismus ausgefallene stationäre Standorte wieder in Betrieb gesetzt werden. Sofern keine anderen Standorte bei der stationären Überwachung ausfallen, kann mit wieder ansteigenden Fallzahlen gerechnet werden. Durch den nach abgeschlossener Umrüstung erreichten, vollständig digitalen mobilen Messbetrieb besteht die Chance, eine höhere Verwertungsquote der dokumentierten Verstöße zu erzielen, was ggfs. Die Ertragsseite positiv beeinflussen wird können. Die Neukalibrierung der Maschine für die Naßfilm-Entwicklung ist zwar grunds. abgeschlossen. Aufgrund offenbar unterschiedl. Filmqualitäten kommt es jedoch vereinzelt zu unleserlichen Datenfeldern und damit einhergehend zu teilweise nicht verwertbaren (stationäre) Filmen. Die grunds. möglichen Erträge können -wenn auch nur geringfügig- sinken.	
<u>Amt 52</u> Durch Organisationsmaßnahmen wie der Umstellung vom Pool- zum Buchstabensystem und der zum 18.10.2017 erfolgten Einrichtung einer Befundberichts-Abrechnungsstelle soll erreicht werden, dass die Anzahl der abgerechneten/bearbeiteten Befundberichte künftig der Anzahl der eingehenden Befundbericht entspricht und somit keine Bearbeitungsrückstände mehr entstehen. D. Ziel wird erreicht, wenn die Bearbeitungsquote im Vergleich zum Vorj. 2016 (21.737) um ca. 10 % gesteigert wird. Dementspr. kann davon ausgegangen werden, dass künftig jährlich rd. 24.000 Befundberichte abgerechnet/bearbeitet werden. Bei einem durchschn. Zahlbetrag je Befundbericht in Höhe von 23,82 € errechnen sich somit für das HJ 2018-ebenso wie im HJ 2017-zu erwartende Gesamtausgaben in Höhe von ca. 572.000 €. Der HHansatz von bisher 490.000 € sollte dementspr. um 82.000 € erhöht werden. -	
<u>Amt 53</u>	
<u>Amt 62</u>	

Controllingbericht

**Personal- und
Versorgungsaufwand**

3. Quartal 2017

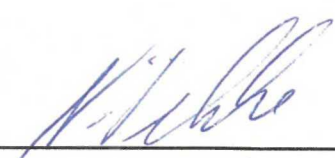
Abweichung ggü. Haushaltplan 2016
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

Personal- und Versorgungsaufwand - allgemeiner Haushalt	60.000 €
Personal- und Versorgungsaufwand - Teilhaushalt Jugendamt	276.000 €
Personal- und Versorgungsaufwand - Personal im Jobcenter	994.000 €
Gesamtveränderung	1.330.000 €

Die Ursachen und Hintergründen der Veränderungen sowie der Gegenfinanzierung sind in der Anlage 1 erläutert.

Eventuelle Chancen und Risiken im Bereich des Personal- und Versorgungsaufwands sind in Anlage 2 dargestellt.

5.10.17



Unterschrift Verantwortlicher
Personalwesen

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen im Bereich des Personal- und Versorgungsaufwands

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Allgemeiner Haushalt:</u>	
Personalaufwendungen Aufgrund der Arbeitsmarktsituation dauern die Stellenbesetzungsverfahren bei freiwerdenden Stellen deutlich länger als in der Vergangenheit. Dies führt zu einer Haushaltsverbesserung. Darüber hinaus lag die Fluktation in der zweiten Jahreshälfte 2017 über dem Durchschnitt.	1.500.000
Pensions- und Beihilferückstellungen Die Zahlen basieren auf den Rückstellungswerten zum 31.12.2016 unter Berücksichtigung der Besoldungserhöhung von 2%. Die Bewertung der Beihilfeverpflichtung wurde erneut angepasst unter Berücksichtigung der Wahrscheinlichkeitstafeln in der privaten Krankenversicherung 2015.	-400.000
Beiträge Versorgungskasse Die Umlagegemeinschaft der Rheinische Versorgungskassen führt zu nicht kalkulierbaren Erstattungen oder Nachzahlungen. Nach der Erstattung in 2016 war in 2017 ein Betrag in Höhe von über 600 T€ nachzuzahlen. Aufgrund der daraufhin neu festgesetzten Abschlagszahlungen kommt es zu einer Verschlechterung von rd. 800 T€.	-770.000
Beihilfe Steigende Krankheits- und Pflegekosten führen zu einer Verschlechterung der Beihilfeaufwendungen.	-270.000
Summe	60.000
<u>Teilhaushalt Jugendamt:</u>	
Personalaufwendungen Aufgrund der Arbeitsmarktsituation dauern die Stellenbesetzungsverfahren bei freiwerdenden Stellen deutlich länger als in der Vergangenheit. Dies führt zu einer Haushaltsverbesserung.	450.000
Pensions- und Beihilferückstellungen Die Pensionsrückstellungen werden nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben beschriebene Verschlechterung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus.	-60.000
Beiträge Versorgungskasse Die Beiträge an die Rheinische Versorgungskasse dienen der Auszahlung der laufenden Versorgungsbezüge und werden daher ebenfalls nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben genannte Verschlechterung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus.	-84.000

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen im Bereich des Personal- und Versorgungsaufwands

Sachverhalt	Veränderung in €
• Beihilfe Die Beihilfeaufwendungen werden nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben beschriebene Verschlechterung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus.	-30.000
Summe	276.000
<u>Personal im Jobcenter:</u>	
• Personalaufwendungen Die vom Personalausschuss am 16.02.2016 beschlossenen 23 neuen Stellen für das job-center konnten bislang nicht alle besetzt werden. Die Einstellung erfolgt durch das job-center, das ebenfalls Schwierigkeiten hat, qualifiziertes Personal zu finden. Darüber hinaus ist die Fluktuation insbesondere durch Wechsel zur Bundesagentur für Arbeit relativ hoch, da dort für die gleiche Tätigkeit ein höheres Entgelt gezahlt wird.	1.000.000
• Pensions- und Beihilferückstellungen Die Pensionsrückstellungen werden nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Obwohl die Pensions- und Beihilferückstellung insgesamt den Ansatz übersteigen, entsteht hier keine Verschlechterung, weil aufgrund der Verrechnung von Kostenstellen für den Teilhaushalt job-center mehr Beamtenbezüge eingeplant wurden als tatsächlich anfallen.	0
• Beiträge Versorgungskasse Die Beiträge an die Rheinische Versorgungskasse dienen der Auszahlung der laufenden Versorgungsbezüge und werden daher ebenfalls nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben genannte Verschlechterung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus.	-5.000
• Beihilfe Die Beihilfeaufwendungen werden nach dem Verhältnis der Beamtenbezüge umgelegt. Die oben beschriebene Verschlechterung wirkt sich daher entsprechend auf die Teilhaushalte aus.	-1.000
Summe	994.000

Darstellung der wesentlichen Chancen und Risiken im Bereich des Personal- und Versorgungsaufwands

Sachverhalt	Volumen in €
(Kurzbeschreibung)	(soweit bezifferbar)
Die Prognose der Personal- und Versorgungsaufwendungen ist zum jetzigen Zeitpunkt noch sehr ungewiss, weil viele Unwägbarkeiten aufgrund der Bildung bzw. Auflösung von Rückstellungen und sonstigen Verrechnungen bestehen. So kann insbesondere die versicherungsmathematische Bewertung der Pensions- und Beihilferückstellungen durch die Rheinische Versorungskasse das Ergebnis noch wesentlich verändern.	

Controllingbericht

Zusammenfassung der Berichte der Stabstellen

3. Quartal 2017

Abweichung ggü. Haushaltplan (+ Verbesserung / - Verschlechterung)

		substanzielle Veränderungen	aus zeitlichen Verschiebungen	Abweichung Ergebnis 2017 insgesamt
<u>Ergebnishaushalt</u>				
Stab 01	Wirtschaftsförderung und Strategische Kreisentwicklung	-32.500 €	-56.500 €	-89.000 €
Stab 02	Pressestelle, Öffentlichkeitsarbeit und Büro des Landrats	-15.000 €	-92.600 €	-107.600 €
Stab 03	Gleichstellungsbeauftragte	0 €	0 €	0 €
Stab 05	Kreistagsbüro	-9.000 €	0 €	-9.000 €
Stab 14	Prüfungsamt	3.400 €	0 €	3.400 €
Gesamtveränderung Ergebnishaushalt		-53.100 €	-149.100 €	-202.200 €

Die Erläuterung der Ursachen und Hintergründe der Veränderungen sind aus den Berichten der Stabstellen anliegend zusammengefasst (**Anlage 1**).

Als **Anlage 2** beigefügt sind darüber hinaus die Deckblätter der Berichte der Stabstellen.

Erläuterungen zu den wesentlichen Veränderungen in der Ergebnisrechnung der Stabstellen

Sachverhalt	Veränderung in €
<u>Stab 01</u>	
• Zusätzliche Erträge aus nicht veranschlagten Kostenbeteiligungen von Kommunen (z. B. für Machbarkeitsstudie Stadtbahn, Neuaufstellung des NP Siebengebirge etc.)	106.000
• Veranschlagte Mittel für Unterstützung Dritter bei der Überarbeitung des Regionalplans werden nicht benötigt (Änderungen im 1. Schritt konnten ohne Unterstützung Dritter abgeschlossen werden)	50.000
• Teilabruf der Fördermittel für das "Kompetenzzentrum Frau und Beruf" erst 2018	-70.000
• außerplanmäßige Aufwendungen für die Ausrichtung der Regionale 2025	-50.000
• übertragene Mittel aus Vorjahren für das Gewerbeflächenkonzept werden in 2017 benötigt	-45.000
• außerplanmäßiger Mehraufwand für Vergabeverfahren im Projekt Breitbandausbau	-42.500
• Verschiedene sonstige Veränderungen	-37.500
Summe Stab 01	-89.000
<u>Stab 02</u>	
• Neugestaltung des Internetauftritts des Kreises, davon rd. 93 T€ aus Ermächtigungen Vorjahre, 15 T€ überplanmäßig	-107.600
Summe Stab 02	-107.600
<u>Stab 03</u>	
• keine Veränderungen	
Summe Stab 03	0
<u>Stab 05</u>	
• Erhöhung der Aufwandsentschädigung / Sitzungsgelder ab August 2017	-9.000
Summe Stab 05	-9.000
<u>Stab 14</u>	
• höhere Erträge aus der Kostenerstattung des Zweckverbandes civitec für durchgeführte Prüfungen	3.400
Summe Stab 14	3.400

Controllingbericht

:rhein-sieg-kreis

3. Quartal 2017

Stab 01 Wirtschaftsförderung und Strategische Kreisentwicklung

Abweichung ggü. Haushaltplan 2017
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

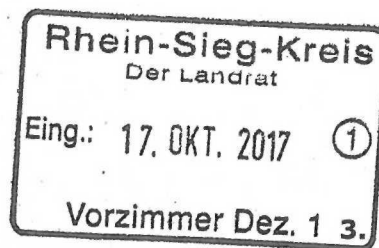
		Anlage	in €
Ergebnishaushalt			
0.90.10	Wirtschaftsförderung	1	-42.500
0.90.11	Regionale Kooperationen	2	-70.000
0.90.20	Statistik	3	0
0.90.30	Planungsangelegenheiten	4	81.572
Summe Veränderung aus Produkten			-30.928
zzgl. Veränderungen aus Kostenstellen		5	0
zzgl. Veränderungen aus Projekten		6	-58.170
= Gesamtveränderung Ergebnishaushalt			-89.098
<u>nachrichtlich</u> : davon durch zeitliche Verschiebung			-56.500
Veränderungen aus Investitionen		7	0
<u>nachrichtlich</u> : davon durch zeitliche Verschiebungen			0

Chancen und Risiken

8

3.11.17
Datum / Unterschrift Leitung Stäbe

Ja 31.11.17



Controllingbericht

Quartal 2017

17/10/22

Stab 02 Pressestelle und Öffentlichkeitsarbeit, Büro Landrat

Abweichung ggü. Haushaltplan 2017
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

	Anlage	in €
Ergebnishaushalt		
0.01.30 Pressestelle		0
0.01.50 Öffentlichkeitsarbeit und Büro Landrat	1	-107.600
Summe Veränderung aus Produkten		-107.600
= Gesamtveränderung Ergebnishaushalt		-107.600
<u>nachrichtlich</u> : davon durch zeitliche Verschiebung		- 92.600

Chancen und Risiken

16/10/17 R. Lora

Datum / Unterschrift Leitung Stab

Controllingbericht

3. Quartal 2017

Stab 03 Gleichstellungsbeauftragte

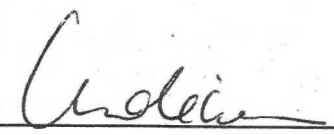
Abweichung ggü. Haushaltplan 2017
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

		Anlage	in €
Ergebnishaushalt			
0.01.20	Sonstige Funktionen	bitte Eingabe	0
	Summe Veränderung aus Produkten		0
= Gesamtveränderung Ergebnishaushalt			0
<u>nachrichtlich:</u> davon aus Ermächtigungsübertragungen			0

Chancen und Risiken

bitte
Eingabe

Innerhalb meines Fachbereichs sind keine wesentlichen
Veränderungen absehbar.

25.8.17 

Datum / Unterschrift Amtsleitung

Controllingbericht

3. Quartal 2017

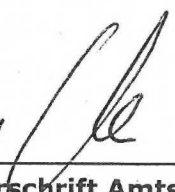
Stab 05 Kreistagsbüro
0.01.40

Abweichung ggü. Haushaltplan 2017
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

		Anlage	in €
Ergebnishaushalt			
0.01.40.	Kreistagsbüro, Fraktionen	1	-9.000
	Summe Veränderung aus Produkten		-9.000
= Gesamtveränderung Ergebnishaushalt			-9.000
<u>nachrichtlich:</u> davon aus Ermächtigungsübertragungen			0

Chancen und Risiken

bitte
Eingabe

21/9/17 
Datum / Unterschrift Amtsleitung

Controllingbericht

3. Quartal 2017

Amt 14 Prüfungsamt

Abweichung ggü. Haushaltplan 2017
(+ Verbesserung/-Verschlechterung)

		Anlage	in €
Ergebnishaushalt			
0.14.10	Rechnungsprüfungen	1	3.366
	Summe Veränderung aus Produkten		3.366
	zzgl. Veränderungen aus Kostenstellen	-	0
= Gesamtveränderung Ergebnishaushalt			3.366
<u>nachrichtlich:</u> davon aus Ermächtigungsübertragungen			0

Chancen und Risiken

22.09.17 3.366

Datum / Unterschrift Amtsleitung

